

Geschäftsstelle:
Gasselstiege 13
48159 Münster
Telefon:
02 51 / 21 20 50
Fax:
02 51 / 200 66 13



E-Mail: info@lsv-nrw.de
Internet: www.lsv-nrw.de

Oktober 2009

STELLUNGNAHME DER LANDESSENIORENVERTRETUNG NRW e. V. (LSV NRW) ZU DEN SENIORENPOLITISCHEN LEITLINIEN NORDRHEIN- WESTFALEN BIS 2025

Die Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen begrüßt, dass das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) in Abstimmung mit allen anderen fachlich relevanten Ministerien Leitlinien zur Seniorenpolitik formuliert hat. In den Leitlinien spiegelt sich so auch der Querschnittscharakter der Seniorenpolitik. Zudem begrüßen wir die grundlegende Perspektive der Leitlinien, Seniorinnen und Senioren als sehr heterogene Bevölkerungsgruppe in großer Vielfalt zu verstehen. Da – nach wie vor – ein nur kleiner Teil älterer Menschen pflegebedürftig (10 %) ist, die öffentliche Meinung aber von weit höheren Anteilen (gepaart mit entsprechenden Ängsten) ausgeht, ist es bedeutsam, hierauf deutlich hinzuweisen. Hinzu kommt die in den Leitlinien sichtbare Betonung der aktiven Verantwortungsübernahme vieler älterer Menschen für sich selbst und die Gesellschaft.

Ausdrücklich weisen wir dabei darauf hin, dass Eigenverantwortung, die zweifellos in allen Altersgruppen zu fördern ist, dann an Grenzen stößt, wenn Menschen auf Prä-

vention, Unterstützung, Hilfe und Pflege angewiesen sind. Nicht alles im Leben ist eigenverantwortlich steuerbar und ohne Förderung, Unterstützung und Hilfe von jedem Einzelnen leistbar. Diese Erfahrung haben vor allem ältere Menschen. Vor diesem Erfahrungshintergrund setzen wir uns für eine solidarische Gesellschaft aller Generationen ein, in der Eigenverantwortung nicht gleichgesetzt wird mit der zunehmenden Privatisierung von Risiken. „Gemeinsam in einer Gesellschaft des langen Lebens“ bedeutet in unserem Verständnis die angemessene Teilung von Verantwortung aller Beteiligten.

Neben der Perspektive, ältere Menschen als heterogene und oftmals aktive Bevölkerungsgruppe zu betrachten, begrüßen wir ferner, dass die demografische Entwicklung als Chance angenommen wird und dass Maßnahmen, die sich daraus ergeben, nicht nur für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger, sondern für alle Altersgruppen von Vorteil sein werden.

Zu einzelnen Kapiteln haben wir folgende Anmerkungen:

- **Im Kapitel 2.2 Wohn- und Lebensformen** wird darauf hingewiesen, dass barrierefreie Wohnungen erforderlich sind. Dafür besteht ein hoher Bedarf. Wir schlagen daher vor, dass der Neubau solcher Wohnungen gefordert und zu fördern ist. Vorhandene Barrieren sollten z. B. durch den Einbau von Aufzügen und die Bezuschussung der Unterhaltskosten weiter abgebaut werden. Insgesamt sollte sich das barrierefreie Bauen in den Bauvorschriften niederschlagen.
- **Die Darstellung in Kapitel 2.5 (auch in Kapitel 5.16) zur Altersarmut** halten wir für nicht ausreichend. Die LSV begrüßt es, dass das Land hierzu Ausführungen macht. Altersarmut ist allerdings kein Problem der Zukunft mehr; sie existiert bereits jetzt und wächst schnell. Besonders die Verschuldung im Alter bei Tod des Partners, bei Krankheit oder bei Anstieg der Lebenshaltungskosten und sinkender Kaufkraft ist ein zunehmendes Problem. Insgesamt sind in Nordrhein-Westfalen die Schuldnerberatungen unzureichend ausgerüstet und können die aufsuchende Schuldnerberatung bei Seniorinnen und Senioren nicht zusätzlich leisten.

Um einen Überblick der derzeitigen Lage und eine fundierte Schätzung für die künftige Entwicklung zu gewinnen, schlagen wir vor, dass dazu ein Forschungsauftrag des Landes erteilt wird. Auf dieser Grundlage können dann

auch konkrete Aussagen erfolgen. Vor dem Hintergrund der vorhandenen und zunehmenden Bedeutung des Themas halten wir eine solche Untersuchung für sehr wichtig, insbesondere dann, wenn darauf hingewiesen wird, dass die Renten bis 2030 drastisch sinken werden und dadurch Altersarmut zwangsläufig entstehen muss. Konkrete Maßnahmen zur Gegensteuerung werden erforderlich sein. Welche sieht die Landesregierung?

- **Wir begrüßen in Kapitel 3**, dass die Zukunft gemeinsam gestaltet werden soll. Dabei hat die Landesregierung, insbesondere das MGFFI, bei der Gestaltung der Seniorenpolitik wichtige Aufgaben und wesentliche Funktionen. Die beschränkt sich nicht nur auf Empfehlungen und Projektbeispiele. Wichtig erscheint es uns, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass die Arbeit im Bereich der Seniorenpolitik auf der Landesebene nicht aufgrund von immer geringer werdenden Haushaltsmitteln (hier) für diesen Bereich nicht dazu führen darf, dass sich das Land allein auf eine moderierende Rolle zurückzieht und damit die Zukunft der Seniorenpolitik ausschließlich in den Händen der Kommunen liegt. Dies würde die Entwicklungsperspektiven in der praktischen Seniorenpolitik verengen und einschränken.
Die LSV NRW übernimmt bei der Gestaltung gerne Verantwortung und will ihren Auftrag der aktiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit allen kommunalen Seniorenvertretungen gern fortsetzen. Diese Unterstützung mit Fortbildungsseminaren und Handreichungen aller Art leisten wir gerne und würden den Kreis der partizipierenden Seniorenvertretungen gerne weiter erhöhen. Mit der Verbreitung von Seniorenvertretungen könnte auch die Basis der freiwilligen „Verantwortungsübernehmer“ verbreitert und die Strategie der gemeinsamen Gestaltung weiter kultiviert werden. Eine Initiative, in allen Kommunen unabhängige Seniorenvertretungen einzurichten, wäre dazu hilfreich.
- **Wir begrüßen, dass das Land die altersbezogene Forschung (Kapitel 4)** fördert. Die LSV NRW ist mit vielen dieser Forschungseinrichtungen verbunden und schätzt deren Kompetenz. Die positive Entwicklung sollte im bevölkerungsreichsten Bundesland weiter vorangetrieben, weitere Forschungseinrichtungen sollten gegründet werden. Trotz der positiven Entwicklung in diesem Bereich ist es bislang nicht erreicht, dass an allen medizinischen

Fakultäten des Landes ein Lehrstuhl für Geriatrie eingerichtet ist (nur in Köln seit 2008). Damit ist die Ausbildung der Medizinstudenten unzureichend und die Weiterbildung der Ärzte zu Fachärzten für Geriatrie nicht gewährleistet. Klinische Forschung kann so ebenfalls nicht gelingen. Wir fordern das Land hier auf, dafür Sorge zu tragen, dass sich diese Situation positiv verändert.

- Im Rahmen des **Kapitel 5** soll noch zu folgenden Punkten Stellung genommen werden:
 - **Zu 5.1 (Altersbilder/Altersdiskriminierung)**: Hier schlagen wir vor, beim Handlungsbedarf Hochaltrige als Zielgruppe einzubeziehen.
 - **Zu 5.2 (Lebensräume)**: Zu den sich verstärkenden Wohntrends im Alter gehört auch der Wunsch nach dem „Wohnen im Quartier“. Die meisten Menschen möchten in ihren Wohnungen und in ihrem bekannten Quartier alt werden. Dies wird auch von der Landesregierung anerkannt, indem verschiedene Projekte gefördert werden. Damit allein lässt sich aber leider keine Breitenwirkung erzielen. Es wäre erforderlich, die Nachbarschaftshilfe auch finanziell zu fördern (wofür allerdings eine Änderung bei der Pflegeversicherung erforderlich wäre) und nicht nur unentgeltliche ehrenamtliche Tätigkeit zu fordern.

Die LSV NRW hat auf ihrer Mitgliederversammlung 2009 die Schaffung von Mehrgenerationen-Plätze gefordert mit dem Ziel, damit Treffpunktplätze für die Förderung des nachbarschaftlichen Miteinanders zu schaffen und gleichzeitig allen Generationen die Möglichkeit zu geben, sich auf diesen Plätzen gemeinsam zu bewegen und damit auch Krankheiten vorzubeugen, was insbesondere im Alter sinnvoll und notwendig ist. Dazu müsste aber die Verordnung zur Lärmemission von Spielplätzen und Freizeitanlagen geändert werden.

- In **Kapitel 5.4 (Partizipation)** wird die Förderung des ehrenamtlichen Engagements hervorgehoben. Die LSV NRW unterstützt diese Förderung sehr und ist selbst ehrenamtlich aktiv. Daher schlagen wir vor, dass die Unterstützung der Landessenorenvertretung als Maßnahme des Landes zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements erwähnt werden sollte. Die LSV NRW ist erfreulicherweise bereits an vielen Stellen der Leitlinien präsent, aber eine explizite Erwähnung an dieser Stelle erscheint uns

im Hinblick auf die kontinuierliche Förderung und Aktivität angemessen. Allgemein sollen ehrenamtlich Tätige Sinngebung und Erfüllung beim Engagement finden. Dabei dürfen ehrenamtliche Tätige zwar gerne gebraucht werden, aber sie dürfen nicht als Ersatz für staatliche Aktivität missbraucht werden, wenn die Finanzmittel nicht mehr ausreichen. Wenn ehrenamtliche Tätigkeit erfolgt, so sollte immer auch geprüft werden, ob nicht eine Aufwandsentschädigung gezahlt werden kann.

Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die Ausgabe von Ehrenamtskarten und Zertifikaten als Anerkennung der Arbeit. Die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel zu günstigen Bedingungen wäre eine große Anerkennung des Ehrenamtes.

Das Land unterstützt sehr viele Projekte zur Förderung von ehrenamtlicher Tätigkeit. Das ist begrüßenswert, gleichwohl muss darauf hingewiesen werden, dass Projekte leider nur an vergleichsweise wenigen Orten und nur für eine sehr begrenzte Zeit durchgeführt werden können. Meist ist eine Breitenwirkung dadurch nur schwer zu erzielen. Die Konzentration z. B. auf die Förderung von Organisationen mit einer starken Bindung und Verbreitung an der Basis wäre möglicherweise effektiver. Seniorenvertretungen beispielsweise sind herausragend breit organisierte (140 SV in 396 Kommunen) ehrenamtlich Tätige. Selbstbestimmung und Mitgestaltung werden hier umgesetzt. Für die Schaffung von Seniorenvertretungen in allen Gemeinden könnte dabei der Zeithorizont kürzer als 2025 sein. Wir begrüßen die Aussagen zur Selbstbestimmung und Mitgestaltung und vermissen, dass dazu im Folgenden nur wenig konkrete Aussagen gemacht werden.

- **Zu 5.10 (Beratung):** Die Intensivierung der Beratung für Seniorinnen und Senioren sowie für Pflegebedürftige sieht die LSV NRW ebenfalls für sehr dringlich an. Sie anerkennt, dass das Land in Projekten solche Beratungsstrukturen geschaffen hat, die nun von den Kommunen übernommen werden sollen. Gleichzeitig muss die LSV NRW aber beklagen, dass die Pflegestützpunkte nur schleppend eingerichtet werden und bisher noch nicht zu einer Management-Hilfe für pflegende und pflegebedürftige Menschen geworden sind.

- **Zu 5.13 (Ältere Verbraucherinnen und Verbraucher):** Die Landesseniorenvertretung begrüßt die Maßnahmen des Landes im Rahmen des Verbraucherschutzes, an denen sie sowohl in der Ausbildung von Multiplikatoren zur Kriminalprävention als auch bei der Durchführung von Informationsveranstaltungen zum mündigen Patienten mitgewirkt hat und gerne weiterhin mitwirkt.

Aber auch hier gilt, dass solche Projekte nur wenig Breitenwirkung entfalten, während die nachhaltige Förderung der Verbraucherzentralen dort durch geringere Gebühren einen größeren Kreis erreichen könnte.

Die LSV NRW würde es begrüßen, wenn die in 2008 geschulten Multiplikatoren nochmals zu Schulungen eingeladen würden. Eine externe Evaluation von deren Tätigkeit im Rahmen ihrer Seniorenarbeit erscheint für die ehrenamtlich Tätigen aber abschreckend und nicht motivierend.

- **Zu Kapitel 5.18 (Gesundes Altern):** Mehr Bewegung im Alter! Dies wird zu Recht von allen gefordert. Gleichzeitig werden allerdings sowohl vom Land als auch von den Kommunen im Rahmen von Sparmaßnahmen die Möglichkeiten dafür eingeschränkt. Die Senkung der Schwimmbadtemperatur verhindert die Nutzung dieser Bäder sowohl für Säuglinge und Kleinkinder als auch für ältere Bürgerinnen und Bürger. Der Wegfall des Referates Senioren beim Landessportbund (LSB) führt im Ergebnis zu einem Rückgang der Aktivitäten der örtlichen Sportvereine in diesem Bereich. Ein Bereich, in dem Seniorenbeauftragte eine Seltenheit sind und nichtkompetitive Bewegungsangebote fast nicht existieren. Die Landesregierung unterstützt zwar das Programm „Fit für 100“ bei demenziell erkrankten Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern sowie „Sturzprävention“ ebenfalls bei Heimbewohnern. Eine Breitenwirkung kann dadurch aber bislang leider nicht erzielt werden.

Die LSV NRW schlägt deshalb vor, eine Landesarbeitsgemeinschaft „Gesundheit im Alter“ zu schaffen, die Bewegungsangebote und Präventionsmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen vorschlägt, koordiniert, Anleiterinnen und Anleiter ausbildet sowie Kommunen bei finanzieller Förderung durch das Land berät.

Zu Kapitel 5.19 (Pflege im Alter): Wir befürchten in der Öffentlichkeit eine zunehmende Gleichsetzung von Pflegebedürftigkeit im Alter mit demen-

ziellen Erkrankungen. Pflegesituationen sind oftmals schwierige, insbesondere gilt dies im Falle demenzieller Erkrankungen. Diese sind oftmals in der Folge sehr belastend. Daher plädieren wir dafür, noch einmal zu prüfen, ob die notwendige Trennung in den Leitlinien befolgt wurde.

Die vorgelegten seniorenpolitischen Leitlinien des Landes bieten gute Ansätze, sind sehr umfangreich und viele Dinge wurden in ihnen zusammengetragen. Es ist allerdings daraus noch nicht erkennbar, wie und mit welchen Maßnahmen und unter Einsatz welcher Finanzmittel das Land mit Partnern die dargestellten Herausforderungen und Probleme angehen will. Daher ist unsere Frage: Wird es eine Arbeitsgruppe geben, die die Umsetzung der Leitlinien begleitet?

Es zeigt sich in den Leitlinien, dass viele, zum Teil parallele Aktivitäten und Projekte unterstützt werden. Wir wünschen uns dabei mehr Abstimmungen unter den Ministerien. Im Fachreferat Seniorenpolitik sollten Informationen über alle Projekte, die Ältere als Zielgruppe haben, zusammenlaufen. Zudem wünschen wir Breitenwirkung und Nachhaltigkeit bei den Projekten bzw. die Prüfung davon. Wünschenswert wäre es, wenn das Land mehr Maßnahmen ergreifen könnte, die zu langfristigen Strukturen führten und nicht „nur“ über einen beschränkten Projektzeitraum.

Gaby Schnell, Vorsitzende der LSV NRW

Dr. Martin Theisohn, Vorstandsmitglied